

12.12.2003

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

zu dem Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/3771 (Neudruck)

2. Lesung

Gesetz zur Stärkung des Mittelstandes und zur Privatisierung in NRW (Mittelstands- und Privatisierungsgesetz)

Berichterstatter: Dr. Helmut Linssen CDU

Beschlussempfehlung

Der Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drucksache 13/3771 (Neudruck) - wird abgelehnt.

Datum des Originals: 12.12.2003/Ausgegeben: 16.12.2003

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen.

Leerseite

Bericht

A Allgemeines

Der Gesetzentwurf der Fraktion der FDP wurde vom Landtag nach der 1. Lesung am 15. Mai 2003 an den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie zur Federführung und zur Mitberatung an den Ausschuss für Kommunalpolitik und den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen.

Die FDP-Fraktion erläuterte, die rund 700.000 Unternehmen der mittelständischen Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen beschäftigten über 70 Prozent der Arbeitnehmer und stellten über 80 Prozent aller Ausbildungsplätze. Für die Erneuerung und Modernisierung der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen, für Wachstum und Beschäftigung, für Qualifikation und Innovation seien die Unternehmen der mittelständischen Wirtschaft von entscheidender Bedeutung.

Vorrangige Aufgabe der Mittelstandspolitik sei die Schaffung mittelstandsfreundlicher Rahmenbedingungen durch eine wohlstandsschaffende Ordnungspolitik, die konsequent an den Prinzipien von unternehmerischer Freiheit, Marktwirtschaft und Wettbewerb ausgerichtet sei. Daraus resultierten der Vorrang privater Leistungserbringung sowie die Privatisierung staatlicher Aufgaben und unternehmerischer Beteiligungen.

Zur Schaffung mittelstandsfreundlicher Rahmenbedingungen gehörten auch der Abbau der überbordenden staatlichen Bürokratie als Hemmnis für den betrieblichen Erfolg. Der Abbau von Bürokratiekostenbelastungen sei deshalb eine entscheidende Voraussetzung für die Belebung der mittelständischen Wirtschaft und damit die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Von hoher landes- und wirtschaftspolitischer Priorität seien darüber hinaus Maßnahmen und Projekte, die zur Stärkung der mittelständischen Wirtschaft und ihrer Arbeits- und Ausbildungsplätze beitrügen.

Diese wirtschaftspolitischen Grundorientierungen des Landes und die daraus resultierenden Maßnahmen gelte es zu verdeutlichen und rechtlich abzusichern.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf werde die hohe landes- und wirtschaftspolitische Bedeutung, die der Stärkung der mittelständischen Wirtschaft zukommen, verdeutlicht und mit Gesetzesrahmen rechtlich abgesichert.

B Beratungsverfahren

Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie hat über den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 18. Juli 2003 beraten. Er verständigte sich darauf, zunächst die öffentliche Anhörung von Sachverständigen des kommunalpolitischen Ausschusses zum Thema "Reform der Gemeindeordnung" abzuwarten, die am 17. September 2003 stattgefunden hat. In dieser Anhörung von Sachverständigen war auch der § 107 der Gemeindeordnung NW thematisiert worden, der auch durch den Gesetzentwurf der FDP-Fraktion geändert werden soll. Weitere Beratungsrunden fanden dann am 5. November und 10. Dezember 2003 im federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie statt.

C Beratungsergebnisse

Der mitberatende Ausschuss für Kommunalpolitik hat den Gesetzentwurf der FDP-Fraktion in seiner Sitzung am 28. Mai 2003 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion abgelehnt.

Der ebenfalls mitberatende Haushalts- und Finanzausschuss hat den Gesetzentwurf der FDP-Fraktion in seiner Sitzung am 3. Dezember 2003 ebenfalls mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion abgelehnt.

Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie hat die abschließende Beratung in seiner Sitzung am 10. Dezember 2003 durchgeführt. Änderungsanträge wurden nicht gestellt.

D Gesamtabstimmung

Der Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie hat den Gesetzentwurf der FDP-Fraktion - Drucksache 13/3771 (Neudruck) - mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Dr. Helmut Linssen
(Vorsitzender)